

Zukunft des Waldes: Vom Staatswald zum Bürgerwald?

Fachtagung im Haus Villigst diskutiert zukunftsfähige Entwicklung des Waldes

Wie lassen sich die gesellschaftlichen Leistungen des Waldes in Anbetracht knapper Kassen aufrecht erhalten? Soll der Staatswald in NRW in eine Stiftung überführt werden? Welche Aufgaben hat künftig die staatliche Forstverwaltung? Seit Kyrill und dem Verkauf eines Teils des Eifelwaldes ist die Zukunft des Staatswaldes in Nordrhein-Westfalen in der Diskussion. Deshalb hatte die Evangelische Akademie Villigst zusammen mit dem Landesbetrieb Wald und Holz und der NUA vom 21. bis 23. Januar zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung nach Schwerte eingeladen. Über 40 Fachleute aus Forstwirtschaft, Verwaltung und Naturschutz beteiligten sich an der intensiv geführten Diskussion.

„Multitalent“ Wald

Wald muss heute eine Vielzahl multifunktionaler Nutzungsziele erfüllen. Dabei haben soziale, ökologische und kulturelle Aspekte einen großen Stellenwert. Ein Optimum für die Teilnutzung „Holz“ lässt sich in Anbetracht dieser gesellschaftlich unverzichtbaren Funktionen nicht erzielen, so Prof. Dr. Karl-Reinhard Volz von der Uni Freiburg in seinem Einführungsvortrag. Wobei auch Holznutzung grundsätzlich ein Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit im Wirtschaften sei, denn „kein Rohstoff hat eine bessere CO₂-Bilanz als Holz“. Übereinstimmung gab es in der Diskussion über die Ziele einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Der Waldaufbau müsse dauerhaft sein, und die Wälder seien mit ihren ökologischen, sozialen und ökonomischen Funktionen für die Gesellschaft zu sichern.

Waldverkauf kontra Naturschutz?

Was passieren kann, wenn öffentlicher Wald verkauft wird, dazu präsentierte Dr. Wilfried Pesch von der Bürgerinitiative Radevormwald einen eindrucksvollen Praxisbericht. Im dortigen Wiebachthal wurde ein Staatswald an einen niederländischen Holzhändler verkauft. Zeitgleich wurde das Bachtal mit dem Wald unter Naturschutz gestellt. Der neue Besitzer machte von seinem Recht auf „ordnungsgemäße Nutzung“ Gebrauch. Es kam aufgrund einer massiven Holzernte mit schwerstem Gerät zu Verwüstungen im Wald, auf den Wegen und in den Bachläufen. Die Anwohner, die den Wald als Erholungsraum nutzten, waren entsetzt. Und sie fragten sich, wie denn eine solche Nutzung mit dem Naturschutz übereinstimmen könne. Kindergartenkinder durften nach Erlass der NSG-Verordnung den Wald nicht mehr ohne Sondergenehmigung betreten, eine Holznutzung war aber offenbar ohne Rücksichtnahme auf die Natur möglich. Es bildete sich eine Bürgerinitiative mit über 400 Mitgliedern, die inzwischen den Rückkauf des Waldes betreibt (www.ig-wiebachthal.de).

Das NABU-Konzept „Bürgerwald“

Für den NABU NRW war der Staatswaldverkauf in der Eifel Anlass, über eine völlige Neustrukturierung des öffentlichen Waldes in NRW nachzudenken. Das dazu im NABU-Auftrag erstellte Gutachten wurde von Dr. Wilhelm Bode vorgestellt. Der NABU-Vorsitzende Josef Tumbrinck stellte darauf aufbauend die Kernforderungen des NABU zur künftigen Wald- und Forstpolitik in NRW vor. Im Mittelpunkt stünde dabei die Gründung einer Stiftung für das Naturerbe in NRW, mit der alle Wald-Naturschutzflächen und geschützte Offenlandflächen dauerhaft gesichert werden sollten. Eine mögliche Übertragung des übrigen Staatswaldes aus dem Eigentum des Landes in eine Aktiengesellschaft oder eine Genossenschaft solle ergebnisoffen geprüft werden. Der Landesbetrieb Wald und Holz solle künftig ausschließlich Beratungsaufgaben und hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Er solle sich auch weitgehend aus der Umweltbildung im Wald zurückziehen. Die hierfür eingesetzten Ressourcen (Personal und Sachmittel) sollten anderen Trägern der Umweltbildung zur Verfügung gestellt werden.

Kritik an diesem NABU-Konzept äußerten insbesondere Vertreter der Forst- und Waldverbände und des Landesbetriebes Wald und Holz. Eine Überführung des Staatswaldes in eine AG oder Genossenschaft berge hohe Risiken. Wald, der jetzt für die Gesellschaft hohe Leistungen erbringe, werde mit einem bislang nirgendwo erprobten Modell auf Spiel gesetzt. Mit einem Rückzug aus der Umweltbildung würden gewachsene und gut funktionierende Strukturen in Frage gestellt, die wesentlich zur Wald-Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beitrügen.

NRW: Kein Verkauf von Staatswald

Für das NRW-Umweltministerium nahm der Abteilungsleiter Naturschutz Dr. Martin Woike zur aktuellen Waldpolitik in NRW Stellung. Ziel müsse eine nachhaltige Bewirtschaftung als Dauerwald sein. Fichtenmonokulturen sollen in Richtung Laub-Mischwald umgebaut werden. Mit einem Wildniskonzept sollen 5 % der Fläche aus der Nutzung genommen und auch für Naturerlebnisangebote geöffnet werden. Zudem solle im Teutoburger Wald ein zweiter Wald-Nationalpark eingerichtet werden. Die neue Landesregierung habe sich im Koalitionsvertrag dazu bekannt, dass es keinen Verkauf von Staatswald mehr geben werde, so Dr. Woike. Der Vorschlag, landeseigene Waldflächen in eine Stiftung zu überführen und so zu sichern, werde derzeit geprüft. Mit einer solchen Stiftung könnten dann auch geschützte Offenlandflächen auf Dauer gesichert werden. (A. Niemeyer-Lüllwitz)



Geschützte Waldflächen sollen nach einem Konzept des NABU in eine Stiftung überführt werden.

Foto: A. Niemeyer-Lüllwitz



Wald dient auch dem Naturerlebnis und der Umweltbildung.

Foto: G. Hein